

# Sieg der Regierung Brüning.

Sämtliche Agrar- und Steuergesetze verabschiedet. — Die geringste Mehrheit: vier Stimmen.

— Berlin, den 14. April 1930.

Wie die Sonnabend-Sitzung, gestaltete sich auch die heutige Endabstimmung über die Agrar- und Steuergesetze zu einem Ereignis, das Reichstag und Tribünenbesucher in fieberhafte Spannung versetzte. Schon früh war das Haus stillschweigend besetzt. Noch einmal gab es kräftige Redekämpfe zwischen Regierung und Opposition, doch hörte man nur mit halbem Ohr hin. Das Interesse galt ausschließlich der Abstimmung.

Während im Plenarsaal die Sprecher der Regierung und der Parteien mit neuen Worten ihre alten Grundzüge darlegten, hasteten in der Wandelhalle Abgeordnete aller Parteien durcheinander. Heißtiefte wurden geäußert, das Kurzbuch wurde studiert; aber eine Vorhergabe über den Ausfall der Entscheidung war bis zum letzten Augenblick unmöglich.

Diesmal ging es wirklich um den letzten Mann! Die sozialdemokratische Fraktion, von der in der zweiten Lesung 24 Abgeordnete gefehlt hatten, hatte zwischen Sonnabend und Montag telegraphiert und telephoniert, um heute geschlossen in die Schlacht ziehen zu können. Aber auch die Regierungsparteien haben ihre letzten Reserven mobilisiert, auch sie haben alle Abgeordneten bringend zur Rückkehr aufgefordert und in Notfällen die Benutzung eines Flugzeugs empfohlen.

Anschließend herrschte bei allen Parteien ein stilles Einvernehmen, die Debatte in die Länge zu ziehen, um die Ankunft der Nachzügler abzuwarten; fraglich nur, wer den Nutzen davon haben würde. Inzwischen trafen weitere Abgeordnete ein, deren Ankunft am Eingang zum Plenarsaal sofort notiert wurde. Wieder wurde gerechnet, aber auch kurz vor Beginn der entscheidenden Abstimmung waren die Mehrheitsverhältnisse noch ungeklärt.

Während der Verhandlungen war Reichstanzler Brüning ständig in Bewegung, bald mit diesem, bald mit jenem verhandelnd, Aufschluß gebend und richtigstellend.

Endlich die ersten Abstimmungen: Annahme des Gesetzentwurfs über den Benzin- und Benzolzoll, Billigung der Verbindung der Agrargesetze mit den Steuervorlagen und dann die erste namentliche Abstimmung: Zustimmung des Reichstags zu der neuen Roggenpreisregelung mit 261 gegen 193 Stimmen unter geschlossener Stimmabgabe der deutschnationalen Fraktion für die Roggenpreisbestimmung.

Doch das war nur das Vorspiel; auf höchste Nies die Spannung, als das Tabaksteuergesetz mit 230 gegen 224 Stimmen, also nur mit einer Mehrheit von sechs Stimmen angenommen wird. Und bald nach die kritische Stde: die Abstimmung über die Biersteuer.

## 229 gegen 224 für die Biersteuer.

Während der Abstimmung über die Biersteuererhöhung herrschte denn auch atemlose Spannung im Reichstag. Angelehnt der entscheidenden Bedeutung, die diesmal der Stimmabgabe des Bayerischen Bauernbundes beikam, richteten sich alle Augen auf diese Gruppe, die von Abgeordneten aller Parteien umringt wurde. Zunächst wurde über den Steuertarif abgestimmt; Ergebnis: Annahme des Steuertarifs mit 232 gegen 223 Stimmen.

Übermals werden die Stimmzettel eingesammelt, und diesmal zur Schlussabstimmung über die Biersteuererhöhung, die Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,75 auf 0,85 Prozent und die Einführung der Warenhaussteuer in Höhe von 0,5 Prozent des Umsatzes. Die Abstimmung ergab die Annahme dieser Gesetze mit 229 gegen 224 Stimmen, also mit einer Mehrheit von nur fünf Stimmen!

Langsam ebte die Erregung ab; eine Hauptentscheidung war gefallen, aber auch jetzt noch waren Ueber-raschungen und Zufälle möglich.

Als erster meldete sich in der heutigen Sitzung Abg. Hoernle (Komm.) zu Worte, um nochmals gegen die Zoll-gesetze zu protestieren. Abg. Hepp von der Christlich-nationalen Bauernpartei verteidigte die Vorlagen als notwendig im Interesse der Gesundung der Landwirtschaft. Abg. Hilferding (Soz.) erklärte in dem Agrarprogramm eine große Gefahr und befürchtete von der Inkraftsetzung der Agrargesetze eine Welle von Lohnbewegungen und eine Befähigung der Stabilität der deutschen Handelspolitik. Abg. Dr. Mumm (Christl.-Nat.) erklärte, auch die Regierungsparteien brauchten einen neuen Wahlkampf nicht zu fürchten.

## Reichsernährungsminister Schiele

wandte sich gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Hilferding, daß die Agrarvorlage neue Verteuerung und neue Lohnforderungen zur Folge haben werde. Für diese Annahme fehle jede Voranschauung. Der Minister wies darauf hin, daß der Agrarindex Ende 1926 142 betrug, der Lohnindex 146. Jetzt betrage der Agrarindex 110 und der Lohnindex 180. (Hört, hört!) Ebenso habe sich das Verhältnis zwischen Industrie- und Agrarindex zu Ungunsten der Landwirtschaft verändert. Deshalb sei es notwendig, einen Ausgleich herbeizuführen, wofür auch die anderen Berufsstände gewisse Opfer bringen müßten. Die Agrarvorlage liege auch durchaus nicht nur im Interesse des Wohlstandes.

Der Minister wies weiter darauf hin, daß infolge der Anflutung ungeheurer Getreidemengen in überseeischen Ländern auch alle anderen europäischen Länder zu ähnlichen Schutzmaßnahmen wie Deutschland gezwungen seien. Er gab dann die Erklärung ab, daß die Regierung zu gebende Ermächtigung auch die Möglichkeit einschle. Weiterhin den Zollfuß für Werke zur Viehfütterung bei gleichzeitiger Bezug von veterinärem Roagen auf zwei Mark herabzusetzen. Bei den Einfuhrzöllen sei nicht daran gedacht, dadurch die Reichskasse stärker in Anspruch zu nehmen. Zur Gefrierfleischfrage erklärte der Minister, er habe nicht die Absicht, der bedürftigen Bevölkerung den Genuß von Fleisch zu erschwinglichen Preisen unmöglich zu machen, er sei vielmehr entschlossen, der wirklich minderbemittelten Bevölkerung den bisherigen Fleischverbrauch zu ermöglichen, allerdings auf einem Wege, der auch den Bedürfnissen der Landwirtschaft gerecht werde.

Abg. Dr. Hilferding (Soz.) bemerkte dazu, trotzdem auf seinem Standpunkt verharren zu müssen. Abg. Dr. Hoffmann (Chr.) betonte, man dürfe nicht vergessen, daß die Landwirtschaft sich in einer Krise befinde und Anspruch auf Hilfe habe.

Damit war die Aussprache über das Agrarprogramm erledigt.

Bei den Steuergesetzen begründete Abg. Kemmle (Soz.) einen Antrag, Konsumvereine und Wirtschaftsgenossenschaften, deren Geschäftsbetrieb sich auf den Kreis der Mitglieder beschränkt, von der erhöhten Warenhaussteuer zu befreien.

## Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer.

ersuchte namens der Reichsregierung um die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages. Es ist durchaus nicht die Absicht der Vorlage, irgendwie die Entwicklung der Konsumvereine zu schädigen oder eine Sondersteuer gegen die Verbraucherschaft einzuführen. Es handelt sich nur darum, Betriebe mit einer bestimmten Umsatzhöhe gleichmäßig steuerlich zu erfassen ohne Rücksicht darauf, ob der Betrieb genossenschaftlich oder privatwirtschaftlich aufgebaut ist. Der Konsumverein hat dabei noch den Vorzug gegenüber dem gleich großen privatwirtschaftlichen Betriebe, daß er nicht zur Körperschaftsteuer herangezogen wird. Eine Annahme des sozialdemokratischen Antrages würde eine schwere Einbuße für die Finanzen sein.

Abg. Ende (Komm.) sprach von einem schamlosen Raubzug gegen die proletarischen Konsumvereine.

Nach weiterer Debatte, in der neue Gesichtspunkte nicht mehr geltend gemacht wurden, begannen dann die Abstimmungen. In einfacher Abstimmung wurden das Benzin- und Benzolgesetz, die Verbindung der Agrargesetze mit den Steuervorlagen und die einzelnen Teile des Agrarprogramms verabschiedet. Die

## Schlussabstimmung über die Zollnovelle.

die nunmehr den Benzin- und Benzolzoll, sowie die Agrargesetze und die Bestimmung enthält, daß Agrarreform und Finanzreform gleichzeitig in Kraft treten sollen, ergab die Annahme der Zollnovelle mit 250 gegen 204 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten; die Deutschnationalen stimmten geschlossen für die Zollnovelle.

Nach Erledigung der oben wiedergegebenen Abstimmungen zur Tabak-, Zuder-, Bier-, Umsatz- und Warenhaussteuer — bei der auch ein sozialdemokratischer Antrag, Konsum- und Wirtschaftsgenossenschaften von der erhöhten Umsatzsteuer freizulassen, mit 262 gegen 192 Stimmen abgelehnt worden war —, wandte sich das Haus den kleineren Vorlagen zu.

Die Novelle zum Brauereimonopolgesetz wurde in einfacher Abstimmung angenommen, das Gesetz über die Mineralwassersteuer mit 229 gegen 223 Stimmen bei einer Enthaltung. Bei der Abstimmung über das Industrieumlagegesetz wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung eines 10prozentigen Zuschlags zur Einkommensteuer abgelehnt, während die Vorlage angenommen wurde.

In einfacher Abstimmung angenommen wurde der Gesetzentwurf über die Finanzreform.

## Beginn der Osterferien.

Zum Schluß erledigte der Reichstag noch eine Reihe von Anträgen und Entschlüssen und vertagte sich dann bis zum 2. Mai. Auf der Tagesordnung dieser ersten Sitzung nach den Osterferien steht die Beratung des Haushaltsplans für 1930.

## Landtagsanträge

Dresden, 15. April. Die kommunistische Landtagsfraktion hat zwei Anträge eingebracht. Der erste ersucht die Regierung, ihren Vertreter im Reichstag gegen die Zoll-erhöhungen Einspruch erheben zu lassen. Nach dem zweiten Antrag soll der sächsische Vertreter im Reichsrat angewiesen werden, gegen die Aufhebung der zollfreien Einfuhr von Gefrierfleisch schärfsten Protest einzulegen.

## Ein Volk und zwei Regierungen.

Curtius über den Abschluß des österreichisch-deutschen Handelsvertrags.

— Berlin, 15. April.

Aus Anlaß der Unterzeichnung des österreichisch-deutschen Handelsvertrags hielt Reichsaussenminister Dr. Curtius eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

„Wie im allgemeinen politische Freundschaften der Völker eine materielle Grundlage erforderten, so sei es im besonderen für die nationale Verbundenheit Deutschlands und Oesterreichs unerlässlich, daß geregelte Handelsbeziehungen und vertiefte Wirtschaftspflege bestände. Es sei erfreulich, daß es gelungen wäre, die Wege für Beschleunigung der Handelsvertragsverhandlungen einzulösen, die er dem Bundeskanzler Schöber gelegentlich der zweiten Haager Konferenz gegeben habe. Der Inhalt des nunmehr glücklich zustande gekommenen Vertrages werde, wie es bei allen Handelsverträgen der Fall zu sein pflegt, gewiß nicht alle daran beteiligten Wirtschaftsinteressenten voll befriedigen. Man werde aber auf beiden Seiten feststellen können, daß es weder Sieger noch Besiegte gebe. Wenn man aber von Siegern sprechen wolle, so sei das gesamtdeutsche Volk der eigentliche Sieger, von dem der Bundeskanzler Schöber die glückliche Formel gefunden habe: „Ein Volk und zwei Regierungen!“

## Neue Bombenleger-Verhaftungen.

Wegen der letzten Sprengstoffanschläge in Oldesloe und Neumünster.

Das Polizeipräsidium Altona übergibt der Presse eine Mitteilung, in der es u. a. heißt:

„Nach längeren Vorbereitungen ist es der Polizei gelungen, die Sprengstoffanschläge vom 15. März 1930 auf das Stadthaus von Oldesloe und das Finanzamt in Neumünster aufzuklären. Es ist festgestellt worden, daß Angehörige des Werwolfs an der Herstellung der Sprengkörper und der Ausföhrung der Attentate beteiligt waren. In einer Hamburger Wohnung sind die Sprengladungen zusammengesetzt und dann mittels Kraftwagen an den Tatort gebracht worden.

Vier Beteiligte, und zwar der Chemiker Dr. Hellmann, der Sattlermeister Paul Koch, der Kaufmann Wolf Müller und der Kaufmann von Witamowitz-Möllendorf sind bereits festgenommen und werden zur Zeit eingehenden Vernehmungen unterzogen. Der durch das Beweismaterial festgestellte Tatbestand ist durch

ein Geständnis bereits erhärtet worden. Die weiteren Ermittlungen dauern an.

## Aus dem Gerichtssaal

### Der Raubmord Werner-Paschold vor dem Reichsgericht

Das Reichsgericht verhandelt am Dienstag die Revision des 57 Jahre alten Dachdeckers Reinhold Werner, der am 6. November vorigen Jahres vom Schwurgericht Leipzig zusammen mit seiner 21jährigen Geliebten Clara Paschold wegen Raubmordes an dem 45jährigen verheirateten Straßenhändler Gustav Kirchberg, sämtlich aus Leipzig, zum Tode verurteilt worden ist.

Der bestialische Mord, der damals die Gemüter aufs heftigste erregte, war bekanntlich dadurch aufgeklärt worden, daß man am 18. April 1929 beim Umgraben eines Gartens des Schreiber-Vereins „Naturfreunde“ in Leipzig-Stötteritz den Kopf des seit dem 26. März als vermißt gemeldeten Kirchberg fand, den die beiden Mörder vergessen hatten, mit den übrigen Teilen der zerstückelten Leiche in ihren neuermordenen Garten zu schaffen. Kirchberg, von dem man wußte, daß er immer viel Geld bei sich führte und der mit den beiden Mördern seit geraumer Zeit bekannt war, war am Montag in den von Werner und der Paschold gemeinsam bemohnten Schuppen gelockt worden. Dort hatte ihn dann die Paschold, die ganz unter dem Einfluß Werners stand, verabredungsgemäß niedergeschossen. Da Kirchberg aber noch lebte, hat ihm dann Werner den Fangschuß gegeben. Nach der Verabingung wurde die Leiche des Kirchberg mit seinem eigenen Knicker knifflergerecht zerlegt — die Paschold war längere Zeit bei einem Fleischer tätig — zerlegt und vergraben. Die beiden Mörder, die sich gegenseitig aufs schwerste belastet haben, waren am 24. April in Juchthausen festgenommen worden. — Das Todesurteil gegen die Paschold ist inzwischen rechtskräftig geworden, da die von ihr eingelegte Revision eines Formfehlers bereits vom Schwurgericht als unzulässig verworfen worden ist.

### 800 Mark Geldstrafe wegen Beamtenbeleidigung

Der Kaufmann Robert Bauer aus Leipzig wurde wegen Beamtenbeleidigung in drei Fällen zu insgesamt 800 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte den Landgerichtsdirektor sowie andere Beamte des Landgerichts bei schriftlichen Eingaben wiederholt beleidigt.

### Liederlicher Gemeindefassierer verurteilt

Das Baugener Landgericht verurteilte den Gemeindefassierer von Berzdorf a. d. Eigen, Gastwirt Albus, wegen Amtsunterschlagung zu vier Monaten Gefängnis. Albus hatte die Gemeindefasserie höchst liederlich geführt und mindestens 10 000 Mark veruntreut.

### Ein- und Ausbrecher Mertens verurteilt

Der Ein- und Ausbrecher Mertens, der bei Pratau aus dem Zuge gesprungen war und in den Wäldern bei Remberg nach einem Kesseltreiben wieder festgenommen werden konnte, ist jetzt in Wittenberg wegen Sachbeschädigung, Körperverletzung, Bedrohung und verbotenen Waffentragens zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden.

## Der gefährliche Regen.

### Landrutsche im Kohlengbiet von Wales.

Im Kohlengbiet von Wales in der Nähe von New Tredegar bei Bargoed sind umfangreiche Landrutsche eingetreten. Sachverständige behaupten, daß mindestens 1 Millionen Tonnen in Bewegung sind und die Grube von New Tredegar ernsthaft gefährdet wird.

Tausende von Tonnen sind bereits nach der Seite der Hauptstraße und Eisenbahnlinie zu abgerutscht und haben jeden Verkehr unterbunden. Zahlreiche Gebäude, namentlich das Maschinenhaus der Grube, wurden zerstört.

Eine sehr starke Schutzmauer, die zur Sicherung der Eisenbahn und des Grubenbaues errichtet worden war, ist eingestürzt. 400 bis 500 Meter Straße sind vollkommen verschwunden. Die seither unternommenen Stützungsvorkehrungen haben sich als wirkungslos erwiesen. Der ganze Schacht, in dem 600 bis 800 Arbeiter beschäftigt sind, befindet sich in großer Gefahr, vollständig zerstört zu werden.

Der gegenwärtige Landrutsch ist eine Wiederholung ähnlicher Vorgänge aus dem Jahre 1905 und ebenso wie damals auf unterirdische Verschiebungen infolge schwerer Regen im Herbst und Winter zurückzuführen.



### Trauerfeier für Königin Vittoria von Schweden.

In Anwesenheit des Reichspräsidenten von Hindenburg fand in der Reichshauptstadt eine Trauerfeier für die verstorbene schwedische Königin statt. Unser Bild zeigt den Reichspräsidenten von Hindenburg, den schwedischen Gesandten (Mitte) und den Staatssekretär Reichner beim Verlassen des Domes.

1. Anekdote. Ant... Mathieu Seguer, der Minister des Kaiserlichen Hauses, hielt bei der Geburt von Napoleons Sohn an den König von Rom folgende Ansprache: „Machen Sie es immer so, Monsieur, seien Sie immer so taub gegenüber Schmeicheln, wie jetzt gegenüber meinen Komplimenten.“